

## Antrag

**der Abgeordneten Hansjörg Müller, Steffen Kotré, Enrico Komning, Tino Chrupalla, Leif-Erik Holm, Dr. Heiko Heßenkemper, Detlev Spangenberg, Dr. Robby Schlund, Paul Viktor Podolay, Jörg Schneider, Jürgen Braun, Dr. Heiko Wildberg, Ulrich Oehme, Dr. Christian Wirth, Uwe Witt, Dr. Axel Gehrke und der Fraktion der AfD**

### **Den Lockdown unverzüglich aufheben – Beendigung der staatsgetriebenen Corona-Krise für die Wirtschaft**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die pauschal angelegte Lockdown-Politik der Bundesregierung ist freiheitsfeindlich, wirtschaftsschädlich und medizinisch nicht zielführend für einen dauerhaften Umgang mit einem mutationsfähigen viralen Erreger mit geringer Letalität bei gleichzeitig starker Eingrenzbarkeit der Risikogruppen und dem Vorhandensein präventiver Behandlungsmöglichkeiten. Viele der von Bund und Ländern seit dem Beginn der Verbreitung von COVID-19 angeordneten Maßnahmen sind nicht verhältnismäßig, nicht zielgerichtet und ineffektiv, was zu einer Reihe schwerwiegender Schäden geführt hat.<sup>1</sup>

Die Bundesregierung versetzt die Bevölkerung im Rahmen ihrer „Schocktherapie“ bewusst in Angst und Schrecken, um sie in ihrem Sinne hin zu einer sogenannten „Neuen Normalität“ zu steuern. Der im März 2020 von der Bundesregierung angeordnete Lockdown sowie der sogenannte Lockdown-Light, der verschärfte Lockdown und der derzeitige Lockdown-Ultra ohne absehbares Ende waren ebenso klare wie schwere Fehlentscheidungen der Bundesregierung. Die Ergebnisse der sogenannten Corona-Tests spiegeln mitnichten die Infektionszahlen wider. Über die falsch positiven Ergebnisse hinaus öffnet der mit dem Test erfolgende Nachweis von Virus-Bruchstücken -und nicht etwa Erkrankungen oder Infektionsrisiken- der Manipulation Tür und Tor: Je mehr Tests, desto mehr „positive“. Die Lockdown-Maßnahmen schädigen die Wirtschaft insgesamt erheblich. Zudem werden Firmen nicht gleichbehandelt:

---

<sup>1</sup> Gemeinsame Pressemitteilung der externen Experten des Corona-Papiers des Referats KM4 aus dem Bundesministerium des Innern vom 11. Mai 2020.

bestimmte kleine Läden dürfen keinen persönlichen Kundenkontakt haben, während große Ketten öffnen dürfen oder durch Größeneffekte des Versandhandels profitieren. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen und zur Ungleichbehandlung in vielen Branchen. Es erweckt zudem den Eindruck, dass das Regierungshandeln planlos und willkürlich ist. Insbesondere die mittelständische Wirtschaft, Handwerker und Selbständige in Deutschland werden nachhaltig geschädigt, ohne dass dabei die konkreten Risikogruppen dezidiert besser geschützt wären als durch wirtschaftlich weniger schädliche Alternativmaßnahmen. Die im März 2020 umgesetzten Maßnahmen waren eine spontane Reaktion der Bundesregierung auf bis von ihr bis dahin ignorierte Ausbreitung des Corona-Erregers. Die Maßnahmen vom November 2020 wirkten hingegen politisch konzertiert, denn die argumentative Grundlage des erneut angeordneten Lockdowns wurde durch exzessives Testen auf Basis eines unspezifischen und übersensiblen PCR-Tests seit dem Sommer sukzessiv vorbereitet.<sup>2</sup> Ungeachtet der konkreten Motivation sind die verschiedenen in Deutschland angeordneten Lockdowns wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht verhältnismäßig, gerade wenn der Schutz der eigentlichen Risikogruppen tatsächlich im Mittelpunkt der Maßnahmen stehen sollte.

Bis jetzt ist die Wirksamkeit von Lockdowns hinsichtlich der Eindämmung von COVID-19 wissenschaftlich nicht belegt.<sup>3,4</sup> Es gibt keinen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen der Zahl der Todesfälle und dem Lockdown.<sup>5</sup> Länder, die einen sog. „Lockdown“ angeordnet haben, weisen nicht weniger Sterbefälle pro Millionen Einwohner auf, als die Länder ohne.<sup>6</sup> Neben dem Alter stellen auch Begleiterkrankungen wesentliche Risikofaktoren dar. Mit großer Zuverlässigkeit kann bereits gesagt werden, dass die Todesfälle in erster Linie ältere und vor allem hochbetagte Menschen betreffen. Neben dem Alter stellen auch Begleiterkrankungen wesentliche Risikofaktoren dar. In einer kürzlich publizierten Metaanalyse zeigten sich kardiovaskuläre Vorerkrankungen, Hypertonie, Diabetes mellitus, Herzinsuffizienz, chronische Niereninsuffizienz und Krebs als unabhängige Risikofaktoren für die COVID-19-Letalität.<sup>7</sup>

Lockdowns konnten weder die Infektionsfälle signifikant reduzieren noch eine weitere Infektionswelle verhindern.<sup>8</sup> Ein Großteil der Corona-Sterbefälle stammt

---

<sup>2</sup> ResearchGate, Science against panic in the COVID-19 crisis, Borger et al: “External peer review of the RTPCR test to detect SARS-CoV-2 reveals 10 major scientific flaws at the molecular and methodological level: consequences for false positive results”; [https://www.researchgate.net/publication/346483715\\_External\\_peer\\_review\\_of\\_the\\_RTPCR\\_test\\_to\\_detect\\_SARS-CoV-2\\_reveals\\_10\\_major\\_scientific\\_flaws\\_at\\_the\\_molecular\\_and\\_methodological\\_level\\_consequences\\_for\\_false\\_positive\\_results](https://www.researchgate.net/publication/346483715_External_peer_review_of_the_RTPCR_test_to_detect_SARS-CoV-2_reveals_10_major_scientific_flaws_at_the_molecular_and_methodological_level_consequences_for_false_positive_results); abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>3</sup> Nature, Paternlini :“Closing borders is ridiculous’: the epidemiologist behind Sweden’s controversial coronavirus strategy”; <https://www.nature.com/articles/d41586-020-01098-x>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>4</sup> Deutsches Netzwerk Evidenzbasierte Medizin e.V., Prof. Sönnichsen: „COVID-19: Wo ist die Evidenz?“, <https://www.ebm-netzwerk.de/de/veroeffentlichungen/covid-19>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>5</sup> Aerzteblatt, Medizin, „USA: Übersterblichkeit übertrifft die Zahl der gemeldeten Todesfälle an COVID-19“; <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/114349/USA-Uebersterblichkeit-uebertrifft-die-Zahl-der-gemeldeten-Todesfaelle-an-COVID-19>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>6</sup> Der Freitag, Jeschke: „Keine Evidenz für einen Nutzen des Shutdowns“; <https://www.freitag.de/autoren/gunnar-jeschke/keine-evidenz-fuer-einen-nutzen-des-shutdowns>; abgerufen am 17. Januar 2021.

<sup>7</sup> PLOS ONE, Ssentongo et al.: “Association of cardiovascular disease and 10 other pre-existing comorbidities with COVID-19 mortality: A systematic review and meta-analysis”; <https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0238215>; abgerufen am 17. Januar 2021 ; abgerufen am 17. Januar 2021.

<sup>8</sup> Wiley Online Library, Bendavid et al.: “Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of COVID-19”; <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/eci.13484>; abgerufen am 17. Januar 2021.

trotz der Isolationsmaßnahmen aus den Pflegeheimen.<sup>9</sup> Die Lockdowns haben sich hier als unwirksam erwiesen. Ältere Menschen sind offensichtlich weiterhin nicht hinreichend geschützt.

Wenn also die Masse der Corona-Todesfälle gar nicht durch Lockdowns zu verhindern sind, sollten sich die Bemühungen der Bundesregierung darauf ausrichten, die tatsächlichen Risikogruppen besser zu schützen, anstatt die ganze Wirtschaft und die Mehrheit der Bevölkerung mit weiteren Einschränkungen zu belasten. Vor dem Hintergrund der bereits zugelassenen Impfstoffe ist die Entscheidung über den verlängerten und verschärften Lockdown absurd.

Die Corona-Krise wird von der Bundesregierung instrumentalisiert. Begründet mit den schädlichen Auswirkungen der Lockdown-bedingten Wirtschaftskrise soll die Europäische Union weiter zu einer Transfer- und Fiskalunion umgestaltet werden. Durch die Anleihekäufe des Eurosystems werden europaweit Schulden auch durch neu „geschaffenes“ Geld finanziert. Dies unterminiert die Stabilität des Euro und somit die Vermögenssicherheit der deutschen Bürger und Unternehmen. Gewaltige Asset-Blasen auf den Finanzmärkten sind ein weiteres Resultat. 156 Mrd. Euro an Neuverschuldung wurden 2020 für die Coronahilfen aufgenommen<sup>10</sup>, für 2021 hat die Bundesregierung weitere 179,8 Milliarden Euro begründet.<sup>11</sup> Es ist ebenso offensichtlich, dass eine Neuverschuldung in diesem Ausmaß nicht notwendig gewesen wäre, wenn sich die Bundesregierung effektiv auf den Schutz der Risikogruppen konzentriert hätte, anstatt diese vom Bürger nicht gewollte Politik mit der fiskalischen Bekämpfung einer *en gros* selbst geschaffenen Krise zu verbrämen.

Das produktive Leben in unserem Land hat sich – von einem Lockdown zum nächsten – zu einem gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Irrsinn verwandelt. Die Vereinbarkeit vieler der zur Bekämpfung der Virusverbreitung angeordneten Maßnahmen mit dem Grundgesetz ist mehr als fragwürdig. Die Fortführung dieser unangemessenen Lockdown-Politik würde nicht nur vielen weiteren Betrieben das Rückgrat brechen, sondern auch zu beispiellosen Steuerausfällen führen. Eine Verschlechterung der Lebenssituation eines Großteils der Bürger der Bundesrepublik für die absehbare Zukunft wäre ebenso die Folge wie eine weitgehend staats- bzw. zentralbankabhängige Volkswirtschaft.

Die angeordneten Beschränkungen der Gewerbefreiheit und des Kulturbetriebs müssen von der Bundesregierung daher unverzüglich beendet werden. Andere, für die Eindämmung des Infektionsgeschehens nachweislich hilfreiche Einschränkungen können weiter gelten<sup>12</sup>, sofern sie keine unverhältnismäßige und pauschale Beraubung von Freiheiten für Gesellschaft und Wirtschaft bewirken. Die Maßnahmen sollten lediglich selektiv und punktuell eingeführt bzw. beibehalten werden und sodann regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden.

---

<sup>9</sup> Bild, Corona-Tote in Deutschland, „Bis zu 86 Prozent kommen aus Pflegeheimen“; <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-tote-in-deutschland-bis-zu-86-prozent-kommen-aus-pflegeheimen-74689258.bild.html>; abgerufen am 15. Januar 2021.

<sup>10</sup> WirtschaftsWoche: „So hoch ist die Staatsverschuldung in Deutschland und der Welt 2020“; <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/schuldenquote-so-hoch-ist-die-staatsverschuldung-in-deutschland-und-der-welt-2020/26683850.html>, abgerufen am 25. Februar 2020

<sup>11</sup> Die Bundesregierung, Bundeshaushalt 2021 beschlossen, Scholz: „Ein gelungenes Paket“; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundestag-bundeshaushalt-2021-1825670>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>12</sup> Deutscher Bundestag, Antrag der AfD-Fraktion, „Strategie der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus verbessern – Risikogruppen besser schützen“; Drucksache 19/26223, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/262/1926223.pdf>; abgerufen am 24. Februar 2021.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. den Schwerpunkt der Schutzmaßnahmen zielgerichtet auf die tatsächlichen Risikogruppen zu legen;
2. die Wirtschafts- und Gewerbebeschränkungen des aktuellen „Lockdowns“ sofort aufzuheben und zu einer weitgehenden ökonomischen Normalität zurückzukehren;
3. unverzüglich die pauschale Schließung der Kulturinstitutionen aufzuheben, um ihren freien Betrieb unter Einhaltung der Hygienevorschriften wieder zu ermöglichen;
4. sich mit den vom „Lockdown“ betroffenen Branchen sowie deren Interessenvertretern direkt und permanent auszutauschen und die Umsetzung der bereits erstellten Hygienekonzepte sowie weiterer ausgearbeiteter Schutzmaßnahmen für ganz Deutschland zu unterstützen;
5. eine monatliche Prüfung samt Bundestagsaussprache zur Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit der nach Umsetzung dieser Forderungen noch verbleibenden Corona-Schutzmaßnahmen mit ihren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen durchzuführen und den Bundestag monatlich über die Aufhebung der sogenannten „epidemischen Notlage von nationaler Tragweite“ entscheiden zu lassen.

## Begründung

Der Einbruch der deutschen Wirtschaft wird nicht durch die Verbreitung des Coronavirus verursacht, sondern wesentlich durch die unverhältnismäßigen Lockdown-Maßnahmen. Das Statistische Bundesamt meldete für das zweite Quartal einen historischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 10,1 Prozent.<sup>13</sup> Die kurze Rückkehr zur Normalität durch die Lockerungen im Sommer und Herbst 2020 haben den BIP-Rückgang zwar gemindert, dennoch schrumpfte das deutsche BIP im Gesamtjahr 2020 um 5,2 Prozent von 3,45 auf 3,21 Billionen Euro.<sup>14</sup> Eine umfassende wirtschaftliche Erholung nach dem ersten Lockdown wurde jedoch durch den 2. Lockdown im Herbst verhindert. Noch vor dem zweiten Lockdown beliefen sich die Corona-Kosten für 2020 und 2021 nach Presseberichten auf ca. 1,5 Billionen Euro.<sup>15</sup> Nach den Verlängerungen des zweiten Lockdowns ist mit einer weiteren erheblichen Erhöhung der Folgekosten der „Corona-Politik“ der Bundesregierung zu rechnen.

Deutschland und viele andere europäische Länder erleben - durch die Lockdowns ausgelöst - die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg.<sup>16</sup> Die

---

<sup>13</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal 2020“; <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2020/10/kapitel-2-3-wirtschaftliche-entwicklung-2-quartal-2020.html>; abgerufen am 15. Januar 2021.

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt: Fachserie 18 Reihe 1.1. „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung Erste Jahresergebnisse für 2020“; <https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/publikationen-fachserienliste-18.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>15</sup> Zeit Online, Coronavirus: „Finanzministerium rechnet mit 1,5 Billionen Euro Corona-Kosten“; [https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/coronavirus-krise-kosten-gesundheitssystem-konjunkturprogramme-wirtschaft-wiederaufbau?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-10/coronavirus-krise-kosten-gesundheitssystem-konjunkturprogramme-wirtschaft-wiederaufbau?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F); abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>16</sup> Südwestrundfunk <https://www.swr.de/swraktuell/konjunkturreinbruch-arbeitsmarkt-aufschwung-100.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

verschleppte Banken<sup>17</sup>, Staatsschulden- und Eurokrise<sup>18</sup> brach wieder aus<sup>19</sup> und konnte nur durch massive staatsinterventionistische Maßnahmen<sup>20</sup> seitens der Nationalstaaten, der EZB<sup>21</sup>, des ESM, der EIB, usw.<sup>22,23</sup> verschleppt werden, wenn auch unter hohen Kosten<sup>24</sup>. Die gesamte fiskalische Rettungspolitik kann über eine entscheidende Tatsache nicht hinwegtäuschen: Es ist mathematischer und ökonomischer Unsinn, eine ca. 3.500 Mrd. Euro starke Volkswirtschaft (nach BIP) einerseits per angeordnetem Lockdown sinnbildlich unter Wasser zu drücken und andererseits mit Mitteln eines ca. 500 Mrd. Euro starken Bundeshaushalt über Wasser halten zu wollen. Hierüber kann auch die geldpolitische Chimäre einer „Modern Monetary Theory“ nicht hinwegtäuschen – ganz abgesehen davon, dass die monetäre Staatsfinanzierung durch die EZB nach Art. 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) verboten ist.<sup>25</sup>

Gewaltige Asset-Blasen auf den Finanzmärkten sind ein weiteres Resultat. Die Nullzins-Kredite, Kreditgarantien und Unterstützungshilfen (staatliche Zuschüsse, Schenkungen und Rekapitalisierungen) sowie die Aussetzungen der Insolvenzantragspflicht für Unternehmen und der Kreditabschreibungspflicht für Banken führen zur weiteren „Zombifizierung“ der Wirtschaft und einer Verschärfung der Schieflage des Bankensystems. Die tatsächlichen, negativen Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft werden nur aufgeschoben, sind aber bereits absehbar.

Diverse Konsequenzen der Krisenpolitik, etwa die Verschuldung und ein möglicher massiver Vermögensverlust der Deutschen durch Inflation werden durch die verantwortungsloseste Wirtschafts-, Fiskal- und Geldpolitik seit Bestehen der Bundesrepublik auf die unmittelbare Zukunft verlagert. So werden in den nächsten Jahren Steuer- und Abgabenerhöhungen und/oder erhebliche Ausweitung der Geldmenge als notwendige Konsequenz folgen, um eine notdürftige Sanierung geschröpfter öffentlicher Haushalte zu finanzieren,

<sup>17</sup> Focus, „Düsterer Ausblick der EZB: „Bis zu 1,4 Billionen Euro an Krediten im Feuer: Über Europas Banken zieht ein Sturm auf“; [https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/duesterer-ausblick-der-ezb-bis-zu-1-4-billionen-euro-an-krediten-im-feuer-ueber-europas-banken-zieht-ein-sturm-auf\\_id\\_12684076.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/konjunktur/duesterer-ausblick-der-ezb-bis-zu-1-4-billionen-euro-an-krediten-im-feuer-ueber-europas-banken-zieht-ein-sturm-auf_id_12684076.html); abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>18</sup> WirtschaftsWoche, Stelter: „Die endlose Euro-„Rettung“ wird teuer“; <https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/stelter-strategisch-die-endlose-euro-rettung-wird-teuer/22627480.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>19</sup> Handelsblatt, Finanzpakt der EU, Rickens: „Ex-Ifo-Chef Sinn: „Der Staat muss akzeptieren, dass er auch Firmen rettet, die es nicht verdienen“; [https://www.handelsblatt.com/arts\\_und\\_style/literatur/finanzpaket-der-eu-ex-ifo-chef-sinn-der-staat-muss-akzeptieren-dass-er-auch-firmen-rettet-die-es-nicht-verdiene/26026780.html](https://www.handelsblatt.com/arts_und_style/literatur/finanzpaket-der-eu-ex-ifo-chef-sinn-der-staat-muss-akzeptieren-dass-er-auch-firmen-rettet-die-es-nicht-verdiene/26026780.html); abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>20</sup> Europäische Zentralbank, Lagarde: „Europe’s response to the crisis“; <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200723~c06fafabb6.en.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>21</sup> N-tv, Anleihen für 1,85 Billionen Euro: „EZB stützt Firmen und Staaten mit neuen Milliarden“; <https://www.n-tv.de/wirtschaft/EZB-stuetzt-Firmen-und-Staaten-mit-neuen-Milliarden-article22227225.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>22</sup> Das Bundesministerium der Finanzen: „Europäische Antwort auf Corona“; <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-27-eurogruppe-rat.html>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>23</sup> Euractiv: „ESM, EIB, EZB und SURE: Wie die EU die Wirtschaft retten will“; <https://www.euractiv.de/section/europakompakt/video/esm-eib-ezb-und-sure-wie-die-eu-die-wirtschaft-retten-will/>; abgerufen am 16. Januar 2021.

<sup>24</sup> Süddeutsche, Geldpolitik, Zydra: „EZB stellt weitere halbe Billion Euro für Corona-Notprogramm zur Verfügung“; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-corona-hilfspaket-1.5143726>;

<sup>25</sup> Welt, Staatsfinanzierung durch EZB? Kaiser: „Halb Europa fordert den Schuldenerlass – doch aus Deutschland kommt eine Warnung“; <https://www.welt.de/wirtschaft/plus226346127/Staatsfinanzierung-durch-EZB-Gutachten-warnet-vor-EU-Schuldenschnitt.html>; abgerufen am 18. Januar 2021.

wenngleich voraussichtlich erst nach der Bundestagswahl 2021 – und das, obwohl die deutschen Steuerzahler bereits heute gemäß OECD die höchste Steuer- und Abgabelast der Welt tragen.<sup>26</sup> So folgt in der deutschen Geschichte erneut eine berechenbare und vorhersehbare Fülle an Zumutungen und Katastrophen für die deutsche Bevölkerung aus ursprünglichen Fehlentscheidungen der Entscheidungsträger und ihrem Unvermögen, diese einzugestehen.

Massive Staatsschuldenschnitte und eine Verstetigung von durch EU-Anleihen finanzierten Konjunkturprogrammen wie dem NGEU werden bereits offen diskutiert, da das lockdownbedingte Wegbrechen der Wirtschaftsaktivität zu erodierenden Staatseinnahmen und einer Verstärkung bestehender selbstverschuldeter Strukturprobleme führt.<sup>27</sup> Prof. Sinn (ehemaliger Präsident des ifo-Instituts), hat dies folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Manche Menschen sind der Auffassung, dass der Staat alle retten könne, weil der Staat die Grundlage für die Wirtschaft sei. In Wirklichkeit ist es umgekehrt: Ohne die Wirtschaft gibt es keinen funktionierenden Staat.“<sup>28</sup>

Eine Fortführung der bisherigen Lockdown-Politik wird die deutsche Wirtschaft nicht aushalten können – sie würde zu katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen für unser Land führen.<sup>29</sup> Die negativen Auswirkungen des ersten Lockdowns sind bereits in breiten Bevölkerungsschichten angekommen. Die massiven Finanzspritzen in Form des Kurzarbeitergeldes können keine Dauerlösung sein; die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet bereits einen Aufstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr um fast eine halbe Million Menschen.<sup>30</sup>

Die These der Wirksamkeit von Lockdowns bei der Eindämmung der Verbreitung von COVID19 ist nicht belegt. Vielmehr wird sie durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse widerlegt. So hat zum Beispiel die unlängst veröffentlichte Studie der Stanford University keinen Zusammenhang zwischen harten staatlichen Maßnahmen gegen die Freiheit der Menschen und Unternehmen und der Verbreitung von COVID19 feststellen können.<sup>31</sup>

Es ist absehbar, dass die von der Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern betriebene Lockdown-Politik zu einer großen Zahl von Insolvenzen führen wird.<sup>32</sup> Bereits jetzt sind infolge der Corona-Maßnahmen zahlreiche Betriebe trotz der Finanzhilfen derart stark geschwächt, dass sie sich wirtschaftlich wohl nicht mehr erholen werden.

<sup>26</sup> Welt, OECD-Studie, Seibel: „Bei Steuern und Abgaben ist Deutschland jetzt sogar globaler Spitzenreiter“; <https://www.welt.de/wirtschaft/article207627587/OECD-Bei-Steuern-und-Abgaben-ist-Deutschland-Spitzenreiter.html>; abgerufen am 15. Januar 2021.

<sup>27</sup> Berliner Zeitung, Konjunktur in der Krise, Maier: „Dann wird es eng beim Staat“; <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/dann-wird-es-eng-beim-staat-li.127933>; abgerufen am 15. Januar 2021.

<sup>28</sup> WELT, Topökonom Hans-Werner Sinn, Siems: „In Europa droht die Vergemeinschaftung der Schulden“; <https://www.welt.de/wirtschaft/plus206671483/Hans-Werner-Sinn-zu-Coronavirus-In-Europa-droht-die-Vergemeinschaftung-der-Schulden.html>; abgerufen am 15. Januar 2021.

<sup>29</sup> Weser Kurier, Insolvenzen in der Corona-Krise, Schnurr: „Warnung vor einer Pleitewelle durch längeren Lockdown“; [https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt\\_artikel,-warnung-vor-einer-pleitewelle-durch-laengeren-lockdown-\\_arid,1952190.html](https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-warnung-vor-einer-pleitewelle-durch-laengeren-lockdown-_arid,1952190.html); abgerufen am 17. Januar 2021.

<sup>30</sup> Die Bundesagentur für Arbeit, Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Bundesagentur für Arbeit: „Bestand an Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten“; Deutschland“; [https://www.arbeitsagentur.de/datei/grafiken-zur-pressekonzferenz-januar-2021\\_ba146851.pdf](https://www.arbeitsagentur.de/datei/grafiken-zur-pressekonzferenz-januar-2021_ba146851.pdf); abgerufen am 17. Januar 2021.

<sup>31</sup> Wiley Online Library, Bendavid et al.: „Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of COVID-19“; <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/eci.13484>; abgerufen am 17. Januar 2021.

<sup>32</sup> WirtschaftsWoche, Harter Lockdown, Hielscher: „Die Corona-Maßnahmen verstärken die Zombifizierung der Wirtschaft“; <https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/harter-lockdown-die-corona-massnahmen-verstaerken-die-zombifizierung-der-wirtschaft/26718294.html>; abgerufen am 18. Januar 2021.

Die Lockdown-Politik der Bundesregierung wird zehntausende Unternehmen in den wirtschaftlichen Abgrund ziehen - dahinter stehen deren Eigentümer und Mitarbeiter, sowie deren Familien. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Politik sind verheerend.

Der Lockdown in Deutschland ist also nicht nur nicht zielführend, sondern schädlich. Er muss daher unverzüglich aufgehoben werden.

Berlin, den 25. Februar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**